

Veranstaltungshinweise

«Zhanaozen, The Unknown Tragedy»

Ein halbstündiger Dokumentarfilm der russischen Regisseurin Yulia Mazurova zeigt auf, was bisher wenig bekannt ist: schockierende Bilder von Polizisten, die auf Streikende in der kasachischen Erdölstadt Zhanaozen schiessen und auf am Boden liegende Menschen einprügeln. Mit dem Massaker wurde der siebenmonatige Ölarbeiterstreik blutig niedergeschlagen (siehe Haupttext). Der Film soll sichtbar machen, was bisher in Westeuropa totgeschwiegen wurde.

«Zhanaozen, The Unknown Tragedy» wird am Genfer Menschenrechts-Filmfestival (7.-16. März) gezeigt. Voraussichtlich werden kasachische AktivistInnen anwesend sein. Informationen zu Veranstaltungen finden Sie auf unserer Website:
www.solifonds.ch

Informationen zum Genfer Menschenrechts-Filmfestival: www.fifdh.org

«Millions Can Walk»

Ende Januar ist in verschiedenen Städten der Deutschschweiz der Dokumentarfilm «Millions Can Walk» über Jan Satyagraha, einen Protestmarsch von Landlosen und UreinwohnerInnen in Indien, angelaufen. 2012 machten sich hunderttausend Inder und Inderinnen auf den 400 Kilometer langen Weg von Gwalior nach Delhi, um ihr Recht auf eine würdige Existenz einzufordern.

Am 31. März wird der Film am Internationalen Filmfestival in Fribourg gezeigt: www.fiff.ch

SOLIFONDS
Quellenstrasse 25
Postfach
CH-8031 Zürich
Tel. 044 272 60 37
mail@solifonds.ch
www.solifonds.ch
PC 80-7761-7
IBAN CH52 0900 0000 8000 7761 7

Kasachstan –

Solidarität mit der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung

Die gefangenen Streikenden nicht vergessen!



In Handschellen und im Glaskäfig dem Gericht vorgeführt: Angeklagte des Ölarbeiterstreiks während des Gerichtsverfahrens im Juni 2012.
Foto: REUTERS/Olga Yaroslavskaya

In der Erdölstadt Zhanaozen im westlichen Kasachstan kam es ab Mai 2011 zu einem der grössten Arbeitskonflikte der nach-sowjetischen Zeit. Mehrere Tausend Ölarbeiter traten in den Streik, sie forderten eine Erhöhung ihrer Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und die Anerkennung unabhängiger Gewerkschaften. Als Streikende massenweise entlassen wurden, weiteten sich die Proteste aus. Arbeiter und solidarische Menschen nahmen die Stadt Zhanaozen ein, mit Protestzelten besetzten sie den Hauptplatz und hielten allabendliche Versammlungen ab. Nach sieben Monaten Streik ging die Polizei am 16. Dezember 2011 mit brutaler Gewalt gegen die Protestierenden vor: Mindestens 16 Menschen wurden erschossen, zahlreiche verletzt, über 64 durch Schüsse. Polizisten verhafteten in den Folgetagen Hunderte, die in ihren Augen die Proteste organisiert oder daran teilgenommen hatten, viele der Festgenommenen wurden misshandelt.

37 der Verhafteten wurden in der Folge unter schwerwiegenden Vorwürfen angeklagt; sie sollen «soziale Unstimmigkeiten angezettelt» und «die Situation in der Region destabilisiert» haben. Sieben Angeklagte, die öffentlich für den Streik der Ölarbeiter eingetreten waren, wurden zu langjährigen Haftstrafen verurteilt und sind bis heute im Gefängnis.

Das Massaker von Zhanaozen zeigt eine neue Dimension der Gewalt und Repression von Seiten der kasachischen Regierung. Ziel ist es, eine unabhängige Gewerkschaftsbewegung zu verhindern genauso wie andere soziale Bewegungen. Die Medienfreiheit ist im Namen der öffentlichen Sicherheit eingeschränkt worden, unabhängige und oppositionelle Medien mussten ihr Erscheinen einstellen.

Zwei Jahre nach dem Massaker ist eine internationale Kampagne zur Freilassung der Gefangenen angelaufen. Mit Informationskampagnen und Protestbriefen soll internationaler Druck auf die Regierung erhöht werden. Dringend ist aber auch die solidarische Unterstützung und Stärkung der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung in Kasachstan wie in Osteuropa generell.

Klage gegen Nestlé vor Bundesgericht

Am 9. Januar hat das European Center for Constitutional and Human Rights (ECCHR) bekannt gegeben, dass der Fall des ermordeten Gewerkschafters Luciano Romero vor das Bundesgericht weitergezogen wird. Der Gewerkschafter Luciano Romero wurde am 10. September 2005 in Valledupar im Nordosten Kolumbiens von Paramilitärs mit fünfzig Messerstichen ermordet. Er hatte zuvor jahrelang für die kolumbianische Nestlé-Tochter Cicolac gearbeitet.

Im März 2012 hatte das ECCHR in Zug, wo Nestlé einen offiziellen Geschäftssitz hat, eine Strafanzeige gegen die Nestlé-AG und führende Direktoren des Konzerns eingereicht: ECCHR warf ihnen in einer hundertseitigen Klageschrift vor, die Tat fahrlässig nicht verhindert zu haben, obwohl sie wussten, dass Luciano Romero bedroht war und dass das lokale Nestlé-Management den Gewerkschafter durch Verleumdungen zusätzlich gefährdet hatte. Nach Einreichen der Strafanzeige passierte erst einmal nichts.

Neun Monate später wurde die Anzeige an den Kanton Waadt weitergeleitet und wenige Monate später stellte sie die dortige Staatsanwaltschaft mit der Begründung ein, dass der Fall verjährt sei. Eine Beschwerde gegen diesen Entscheid wurde im Dezember 2013 vom Kantonsgericht Waadt abgelehnt. Dagegen hat ECCHR erneut Beschwerde eingelegt und den Fall damit vor das Bundesgericht weitergezogen. Das Kantonalgericht verkenne in seinem Urteil, dass sich die Verjährung in diesem Fall nicht nach dem Zeitpunkt der Tat selbst richtet. Der Konzern selbst habe noch nichts unternommen, um die fehlerhafte Organisation in seinem Unternehmen zu beheben, so dass der Organisationsmangel als Grundlage der Strafklage nicht verjährt sei, argumentieren die RekurrentInnen.

Im November 2013 wurde erneut ein Nestlé-Arbeiter und Gewerkschafter in Kolumbien umgebracht. Der Ermordung von Oscar López während eines Arbeitskonflikts waren Diffamierungen durch das kolumbianische Management von Nestlé vorausgegangen. In Kolumbien sind solche Diffamierungen gefährlich und machen GewerkschafterInnen zu einer Zielscheibe der Paramilitärs.

Zhanaozen – ein Symbol für den Kampf der kasachischen Ölarbeiter

Von den Ölfeldern im Westen Kasachstans, wo die Streikwelle 2011 begann, stammt ein nicht unwesentlicher Teil des Erdöls für den internationalen Markt: Kasachstan ist nach Russland der grösste Ölproduzent der ehemaligen Sowjetrepubliken, seine Fördermenge liegt nicht weit unter derjenigen Norwegens, dabei verfügt das Land aber über bedeutende Reserven und liegt weltweit circa auf Platz elf.



Aus diesen Ölfeldern stammt ein beträchtlicher Teil des Reichtums der kasachischen Elite. Seit der Ölpreis nach Beginn des neuen Jahrtausends angestiegen ist, ist deren Vermögen in die Höhe geschossen, futuristische Prestigebauten

prägen das Zentrum der Hauptstadt Astana. Die Region Mangistau, das Ölfördergebiet im Westen des Landes, ist jedoch arm geblieben. Gemäss UNO-Zahlen leben hier mehr Menschen unter der Armutsgrenze als anderswo im Land.

Bildung unabhängiger Gewerkschaften

Schon im Vorfeld des Arbeitskonflikts 2011 in Zhanaozen fanden wiederholt Streiks auf verschiedenen Ölfeldern statt. Die Arbeiter forderten bessere Löhne und Arbeitsbedingungen und begannen mit der Bildung unabhängiger Gewerkschaften. Damit wandten sie sich von den regierungstreuen, zentralistischen Gewerkschaften ab, deren Spitzen nicht selten mit Unternehmern und Sicherheitskräften zusammenspannten. Im März 2010 legten zwischen 6'000 und 10'000 Arbeiter während fast drei Wochen die Arbeit nieder und erreichten, dass das Unternehmen Ozenmunaigaz, eine Tochter des staatlichen Ölförderkonzerns Kazmunaigaz, Zugeständnisse machen musste. Im Mai 2011 begann dann eine Streikwelle, die zu einem der grössten Arbeitskonflikte im Osteuropa der nach-sowjetischen Zeit wurde. Die Arbeiter dreier Ölgesellschaften traten kurz nacheinander in den Streik. Ihre Hauptforderungen betrafen die Arbeitsbedingungen und die Löhne – sie forderten gleiche Löhne für in- und ausländische Arbeiter beziehungsweise protestierten dagegen, dass zu hohe Abzüge gemacht wurden und, so ihr Verdacht, in die Taschen der Unternehmer wanderten. Zentral war aber auch die Forderung, dass sich die Arbeiter in unabhängigen Gewerkschaften zusammenschliessen konnten und diese als Verhandlungspartnerinnen anerkannt werden müssten.



Ausnahmezustand, Ausgangssperre, von Militär und Polizei besetzte Strassen. Zhanaozen, Dezember 2011.

Foto: REUTERS/Olga Yaroslavskaya

Politisierung durch den langen Streik

Der sieben Monate dauernde Streik wurde zu einem Seilziehen zwischen den Ölarbeitern auf der einen Seite und Ölförderunternehmen, Gerichten und Behörden auf der anderen. Gerichte erklärten die Arbeitsniederlegungen als illegal, aber die Proteste wuchsen weiter an, obwohl mehrere Tausend Arbeiter entlassen und Streikbrecher eingesetzt



Dezember 2011: Protest gegen das Massaker in Zhanaozen.

Foto: REUTERS/Vladimir Tretyakov

wurden. Die Protestierenden nahmen die Erdölstädte Aktau am kaspischen Meer und das etwas weiter im Landesinnern gelegene Zhanaozen ein. Sie besetzten den Hauptplatz in Zhanaozen und hielten allabendliche Versammlungen ab. Der Konflikt um die Rechte der Ölarbeiter führte zu einer breiten Mobilisierung der Bevölkerung. Gleichzeitig gingen Sicherheitskräfte und Behörden gewaltsam gegen die friedlichen Proteste vor, AktivistInnen wurden verhaftet und verurteilt, bedroht, eingeschüchtert. Ein junger unabhängiger Gewerkschaftsaktivist wurde ermordet.

Politischer Prozess gegen StreikunterstützerInnen

Am 16. Dezember dann ging die Polizei mit unglaublicher Brutalität gegen die Streikenden vor. Am zwanzigsten Jahrestag der kasachischen Staatsgründung eröffnete sie das Feuer auf die Menschenmenge. Einige Protestierende wurden von hinten, beim Wegrennen erschossen, auf am Boden liegende Menschen prügelten Polizisten mit Stöcken ein. Nach offiziellen Angaben wurden 16 Menschen getötet, 64 verletzt. Unabhängige Untersuchungen konnten nicht gemacht werden, die Stadt Zhanaozen war über mehrere Tage Sperrgebiet, Kommunikationssysteme wurden abgestellt, Bildmaterial von Sicherheitskräften beschlagnahmt. Eine Verhaftungswelle brachte Hunderte Menschen ins Gefängnis.

37 wurden in der Folge vor Gericht gestellt. Die Aktivistin Roza Tuletaeva, die sich vehement für die Streikenden eingesetzt hatte, erhielt die härteste Strafe und wurde zu sieben Jahren Haft verurteilt. Weitere sechs Aktivisten wurden zu Strafen zwischen vier und sechs Jahren verurteilt und sitzen bis heute im Gefängnis.

Kampagne für die Freilassung der gefangenen GewerkschafterInnen in Kasachstan

Zum zweijährigen Jahrestag des Massakers von Zhanaozen ist eine internationale Solidaritätskampagne mit den gefangenen GewerkschafterInnen und der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung angelaufen. Mit Protestbriefen und einer Informationskampagne soll der Druck auf die kasachische Regierung erhöht werden.

Link zur Protestbriefkampagne auf: www.solifonds.ch

Gleichzeitig ist aber auch eine finanzielle solidarische Unterstützung dringend. Sie ist eine wichtige Geste der Solidarität mit den kasachischen AktivistInnen!

Herzlichen Dank für Ihre Unterstützung!

Schweiz-Kasachstan-Connections

Kasachstan ist Mitglied der Stimmrechtsgruppe «Helvetistan» in den Bretton-Woods-Institutionen (Weltbank, IWF) und hilft damit, den schweizerischen Sitz in deren Exekutivräten und Steuerungsausschüssen zu sichern. Das rohstoffreiche Land ist aber auch als Handelspartner von steigendem Interesse. Das Land habe gute Bedingungen für Geschäfte, schreibt die schweizerisch-kasachische Handelskammer mit Sitz in Luzern. Dazu gehörten «politische und soziale Stabilität» und ein ausgeprägtes Wirtschaftswachstum, basierend auf enormen Rohstoffvorkommen. Grosses Interesse am kasachischen Markt zeigt etwa die Stadler-Rail, deren Verwaltungsratspräsident, Ex-SVP-Nationalrat Peter Spuhler, 2013 den Co-Vorsitz des «Business Council Suisse-Kasachstan» übernommen hat. Zusammen mit einer Delegation unter der Leitung von Bundesrat Schneider-Ammann war er damals in Astana, um die Wirtschaftsbeziehungen zu vertiefen und ein Freihandelsabkommen vorzubereiten. Ein solches dürfte auch im Interesse des Schweizer Rohstoffkonzerns Glencore Xstrata liegen. Dieser ist stark in die Geschäfte mit Zink, Gold und Weizen aus Kasachstan involviert.

Das Freihandelsabkommen kommt nun allerdings unter Beschuss, weil es neben Kasachstan auch Russland und Weissrussland einschliesst. «Schweiz plant Freihandelsvertrag mit Weissrusslands Diktator», titelte der Tagesanzeiger (20. Januar). Und Putin und Nasarbajew? Einmal mehr ist die Schweiz daran, wirtschaftliche Interessen über menschenrechtliche Verpflichtungen zu stellen.

In dieses Bild passen auch die Vorwürfe betreffend kasachische Geldwäscherei in der Schweiz. Einerseits gegen das zu Reichtum gekommene Ehepaar Krapunow (geschätztes Vermögen 300 Millionen Franken), das sich mit dem kasachischen Präsidenten Nasarbajew überworfen und in der Schweiz politisches Asyl beantragt hat. Andererseits gegen Dinara Kulibajewa, Tochter des diktatorischen Staatspräsidenten, die in einem 75 Millionen Franken teuren Anwesen am Genfersee residiert. Aufgrund eines Pauschalbesteuerungsabkommens erhielt sie eine B-Aufenthaltsbewilligung.

Burkina Faso: Frauen im Kampf für soziale Gerechtigkeit und Demokratie stärken

«Um aus ihrer Situation herauszukommen, ist es unerlässlich, dass sich die Frauen in Burkina Faso dem Kampf gegen alle Formen von Ungleichheit in der Gesellschaft anschliessen und ihre politischen und sozialen Anliegen einbringen. Es geht um einen Kampf für Freiheit, soziale Gerechtigkeit und Entwicklung.» Dies schreibt die «Organisation Démocratique de la Jeunesse du Burkina Faso – ODJ» an den SOLIFONDS.

Frauen haben in der burkinischen Gesellschaft einen geringen Stellenwert und sind selbst in sozialen Bewegungen und Organisationen immer noch schlecht vertreten. Selbstkritisch merkt ODJ an, dass im 18-köpfigen Vorstand ihrer Organisation nur drei Frauen seien. Deshalb hat ODJ begonnen, im ganzen Land Frauengruppen zu organisieren, und die «Kampagne für ein grösseres Engagement von Frauen im Kampf für soziale Gerechtigkeit und Demokratie» lanciert. Die Kampagne zielt darauf ab, Frauen zu stärken, um aus ihrer sozialen und politischen Ausgrenzung auszubrechen.

Im Frühjahr 2013 haben Vertreterinnen der ODJ-Frauengruppen bereits einen gemeinsamen Forderungskatalog aufgestellt. Er umfasst demokratische Freiheiten, Zugang

zu Land, Krediten und Bildung, die Beendigung von Gewalt und Diskriminierung der Frauen. Zu dessen Umsetzung planten die Frauen Treffen in ihren Gemeinden, Informationssendungen in Lokalradios und Diskussionen an Arbeitsplätzen. Nach einem Jahr ist es nun dringlich, Bilanz der bisherigen Arbeit zu ziehen und die Weiterarbeit zu planen. Dazu organisiert ODJ ein nationales Treffen mit sechzig Vertreterinnen aus den lokalen Frauengruppen. Überzeugt davon, dass die aktive Teilnahme und Teilhabe von Frauen an den politischen Prozessen entscheidend ist, unterstützt der SOLIFONDS die Durchführung dieses Treffens.

Burkina Faso gehört gemäss dem Human Development Index zu den am wenigsten entwickelten Ländern. Der Analphabetismus ist hoch, rund die Hälfte der Bevölkerung lebt in extremer Armut. Frauen sind die Hauptleidtragenden. Mädchen haben noch weniger Zugang zu einer Ausbildung als Jungen. Frauen obliegt ein grosser Teil der Versorgung der Familien. Ihre Rechte sind eingeschränkt (z.B. betreffend Erbschaften) und sie erleiden Übergriffe auf ihre physische Integrität etwa durch Beschneidungen (über die Hälfte der jungen Frauen zwischen 15 und 19 Jahren).

Burkina Faso wird seit dem Militärputsch von 1987 gegen Thomas Sankara von Blaise Compaoré diktatorisch regiert. Zahlreiche unabhängige Organisationen, darunter ODJ, setzen sich deshalb für demokratische Verhältnisse als Voraussetzung für eine von den Menschen bestimmte Entwicklung ein.



Workshop der nationalen Koordinatorinnen (oben) und Treffen der Frauen aus dem Quartier Bendogo/Ouagadougou. Fotos: ODJ

Indische Holcim-Arbeiter unschuldig im Gefängnis

In Indien hat sich der Konflikt beim Zementwerk von Holcim-Ambuja in Rawan erneut zugespitzt. Sieben Aktivisten der Gewerkschaft der LeiharbeiterInnen Pragatisheel Cement Shramik Sangh (PCSS) wurden aufgrund falscher Anschuldigungen ins Gefängnis gesteckt.

Die Gewerkschaftsaktivisten hatten seit 2010 erfolgreiche Organisationsarbeit geleistet. Bis dahin erhielten LeiharbeiterInnen nicht einmal den gesetzlichen Mindestlohn, von ihren Hungerlöhnen wurden zusätzlich die Kosten für Helme und Stiefel abgezogen. Nach zahlreichen Protesten gelang es den in der PCSS zusammengeschlossenen LeiharbeiterInnen, Mindestlöhne durchzusetzen.

Holcim entliess in der Folge achtzig aktive Gewerkschaftsmitglieder – darunter diejenigen, die jetzt im Gefängnis sitzen. Nach einer Klage durch die PCSS wurde Holcim von den zuständigen Behörden aufgefordert, die Entlassenen wieder einzustellen.

Von da an begannen Angriffe mittels falscher Vorwürfe gegen PCSS-Aktivisten: Zwei Sicherheitsangestellte reichten Klagen gegen führende Gewerkschafter ein. Diese sollen sie im März 2011 auf dem Markt in Rawan angegriffen und ausgeraubt haben. Keiner der angeschuldigten Gewerkschafter war jedoch zu diesem Zeitpunkt auf dem Markt. Dies hielt die Untersuchungsbehörden nicht davon ab, den PCSS-Aktivisten Bhagwati Sahu 13 Monate ins Gefängnis zu stecken und erst nach internationalen Protesten auf Kautionsfreilassung. Es handelt sich übrigens um dieselben Sicherheitsangestellten, die im April 2013 den Übersetzer einer Schweizer Fotografin schlugen, als diese aus der Distanz die Fabrik fotografierte.

Der SOLIFONDS unterstützt die PCSS in ihrer Kampagne für die Freilassung der inhaftierten Gewerkschaftsaktivisten und fordert Holcim auf, endlich die Gewerkschaft der LeiharbeiterInnen als Verhandlungspartnerin anzuerkennen und aufzuhören, mit unhaltbaren Methoden gegen die PCSS vorzugehen.

Impressum:

Stiftung «Solidaritätsfonds für soziale Befreiungskämpfe in der Dritten Welt»
Redaktion:
Urs Sekinger, Yvonne Zimmermann
Druck: printoset, Zürich